

Finanzierungsalternativen und mögliche Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Gesamtwirtschaft und öffentliche Haushalte	549
Bauwirtschaft: Nachfrage-, Produktions- und Beschäftigungsrückgang	558

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 41/87

Berlin

8. Oktober 1987

54. Jahrgang

Finanzierungsalternativen und mögliche Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Gesamtwirtschaft und öffentliche Haushalte

Die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion in den letzten Monaten wird von der für 1990 geplanten Steuerreform beherrscht. Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuordnung des Steuersystems wird wohl von niemandem bestritten, auch vom DIW nicht. In den Hintergrund getreten ist inzwischen der Streit um die geplante Veränderung der Tarifstruktur, während die Frage der Finanzierung an Brisanz gewonnen hat. Dies vor allem, weil sich die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte wieder verschlechtert. Nach 42 Mrd. DM im Jahre 1986 dürften die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden auf 55 Mrd. DM (1987) und 65 Mrd. DM (1988) emporschnellen. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf Steuerausfälle zurückzuführen, in diesem Jahr aufgrund der ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1988 als Folge von bereits beschlossenen Steuerrechtsänderungen.

Mit der Antwort auf die Frage, wie die Steuerreform 1990 finanziert werden soll, wird nicht nur der Kurs der künftigen Finanzpolitik festgelegt, sondern es wird auch darüber entschieden, welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von diesen Beschlüssen ausgehen, mit welchen Rückwirkungen die öffentlichen Haushalte zu rechnen haben und welche Folgen sich für das innerstaatliche Finanzierungsgefüge ergeben¹.

Ausgestaltung der Steuerreform 1990...

Die geplante Steuerreform 1990 knüpft an die zweistufige Steuerrechtsänderung 1986/88 an. In der ersten Stufe entfiel der Hauptteil der Steuerentlastung auf Familien mit Kindern; zwar wurden prozentual niedrige Einkommen stark entlastet, ins Gewicht fallende absolute Beträge wurden aber erst in höheren Einkommensklassen erzielt². Von der zweiten Stufe profitieren vor allem Steuerpflichtige mit höherem Einkommen; dieser Effekt wird gemildert, indem ein Teil der für 1990 geplanten Entlastung auf das Jahr 1988 vorgezogen wird.

Die Reform 1990 ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der Einkommensteuertarif gesenkt wird. Von dem gesamten Bruttoentlastungsvolumen in Höhe von 44 Mrd. DM (Basis 1990) entfallen über 38 Mrd. DM auf die Tarifsenkung:

- Von der Erhöhung des Grundfreibetrages um 1 080/2 160 DM (Ledige/Verheiratete) auf 5 616/11 232 DM werden Mindereinnahmen in Höhe von 7 Mrd. DM erwartet.

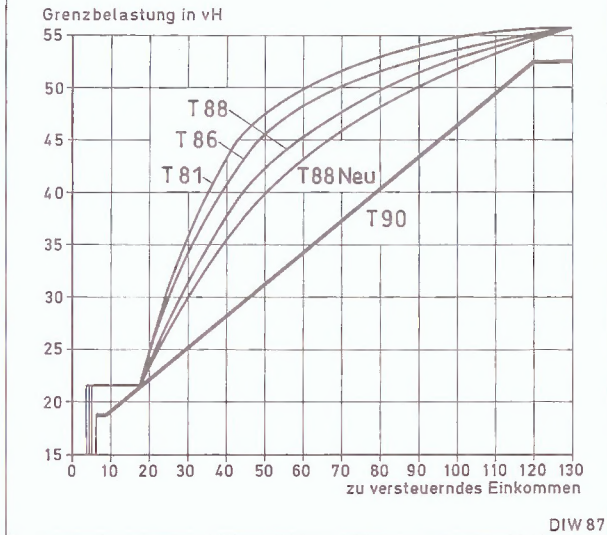
¹ Die folgenden Ausführungen basieren im wesentlichen auf einer Studie, die vom DIW im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt worden ist: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Steuerreform 1990. Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungseffekte sowie Vergleich mit einer bedarfsorientierten Ausgabenpolitik. Bearbeitet von Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. Berlin 1987 (unveröffentlichtes Manuskript). Die verschiedenen Varianten zur Teilfinanzierung der Steuerreform, die als Annahmen in die Modellrechnungen eingegangen sind, waren mit dem Auftraggeber abgestimmt. Sie sind damit nicht als Empfehlung des DIW zu verstehen.

² Vgl. hierzu: Lockerungen der finanzpolitischen Restriktion durch Steuerentlastungen. Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1985.

... und ihre Verteilungswirkungen

VERGLEICH DER MARGINALEN EINKOMMENSTEUERTARIFE SEIT 1981

GRUNTABELLE, LEDIGE



- In der gleichen Größe bewegen sich die Ausfälle, die aus der Senkung des Steuersatzes in der unteren Proportionalzone von 22 auf 19 vH resultieren; zugleich wird die untere Proportionalzone von bisher 18 000/36 000 DM auf 8 100/16 200 DM verkürzt.
- Die Einführung eines linear-progressiven Tarifs mit Grenzsteuersätzen von 19 bis 53 vH führt zu Mindereinnahmen in Höhe von fast 24 Mrd. DM.
- Die Reduktion des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 vH, verbunden mit einem Vorziehen der oberen Proportionalzone um 10 000/20 000 DM auf 120 000/240 000 DM, zieht Steuerausfälle von einer Mrd. DM nach sich.

Neben diesen Tarifänderungen ist eine Reihe weiterer Entlastungen vorgesehen (in Klammern die Höhe der Steuerausfälle): Anhebung des Kinderfreibetrages um 540 auf 3 024 DM (2 Mrd. DM), Erweiterung anderer familienbezogener Freibeträge und des Vorwegabzugs von Vorsorgeaufwendungen (jeweils 600 Mill. DM), Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 56 auf 50 vH (über 2 Mrd. DM), Erhöhung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe von 10 auf 20 vH (500 Mill. DM). Geplant ist, die Steuerzahler netto um 25 Mrd. DM zu entlasten; davon werden 5,2 Mrd. DM auf den 1.1.1988 vorgezogen³. Über 19 Mrd. DM sollen durch den Abbau von Steuervergünstigungen bzw. Subventionen und wohl auch die Erhöhung von indirekten Steuern finanziert werden.

Neu an der Reform 1990 sind die Einführung linear steigender Grenzsteuersätze und die weitgehende Beseitigung der unteren Proportionalzone. Die Linearisierung der Grenzsteuersätze führt zur Beseitigung des sogenannten Mittelstandsbauches, denn am stärksten werden die Grenzsteuersätze in den mittleren Einkommensbereichen gesenkt.

Im Vergleich mit dem geltenden Grundtarif 1986 schlägt die Senkung der Grenzsteuersätze am stärksten bei einem Einkommen von rund 60 000 DM zu Buche. Hier beträgt der Rückgang reichlich 14 vH-Punkte (von 48,5 auf 34,1 vH). Bei einem Einkommen von 30 000 DM sinkt der Grenzsteuersatz um 9 vH-Punkte auf 25,9 vH, während es bei 100 000 DM noch 6,5 vH-Punkte sind (von 53,6 auf 47,1 vH).

Von Interesse für den einzelnen Steuerzahler ist die Veränderung seiner Steuerschuld. Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 18 000 bis 30 000 DM nimmt die Steuerschuld um 15 vH ab, während im Bereich von etwa 60 000 bis 90 000 DM rund 25 vH weniger Steuern als bisher gezahlt werden müssen. Für noch höhere Einkommen fällt der Rückgang der Steuerschuld wieder geringer aus; bei 120 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen sind es 20 vH, und bei 165 000 DM wieder rund 15 vH.

Mit Hilfe des Lohnsteuermodells des DIW wurde die Verteilung der Steuerentlastungen (einschließlich des auf 1988 vorgezogenen Teils) nach Einkommens- und Steuerklassen berechnet⁴. Dabei wurden fünf Bereiche gebildet: im untersten (20 vH aller Steuerpflichtigen) beträgt das Einkommen bis zu 14 000 DM pro Jahr. Der nächstfolgende Bereich bildet — kumuliert — 40 vH aller Steuerzahler ab (insgesamt 8,8 Mill. Personen), sie bezogen Einkommen bis zu 37 000 DM. Der dritte Bereich mit 60 vH der Steuerpflichtigen deckt die Bruttoeinkommen bis zu 52 000 DM ab, während im oberen Fünftel alle Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von über 70 000 DM pro Jahr zusammengefaßt sind.

Auf dieses obere Fünftel der Einkommensbezieher entfallen 56 vH der Lohnsteuerentlastung, das sind fast 19 Mrd. DM (vgl. Tabelle 1). Hingegen wird das untere Fünftel insgesamt nur mit 300 Mill. DM, weniger als 1 vH

³ Erhöhung des Grundfreibetrags um 216/432 DM (1,4 Mrd. DM), Abflachung der Einkommensteuerprogression (3 Mrd. DM), Erhöhung der Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Betriebe (500 Mill. DM), Anhebung der Ausbildungsfreibeträge u.ä. (300 Mill. DM).

⁴ Für die Modellrechnungen wurde die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und die Einkommensentwicklung bis zum Jahre 1990 fortgeschrieben. Für die Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen ergibt sich eine Entlastung von 33,5 Mrd. DM. Darüber hinaus sind die Einnahmehäufungen zu berücksichtigen, die sich bei den „reinen“ Einkommensteuerpflichtigen ergeben; sie lassen sich auf rund 8 Mrd. DM (ohne Berücksichtigung der Körperschaftsteuerentlastung) beziffern.

Tabelle 1

**Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen nach
Einkommens- und Steuerklassen im Jahre 1990**
Anteile in vH der Gesamtentlastung

Steuerklasse		I	II mit	III ohne Kind ¹⁾	mit	III/IV u. ohne	IV/IV mit	Ins- gesamt
Steuerpflichtige nach Einkommensklassen ²⁾								
untere	20 vH	0	3	0	11	7	10	1
untere	40 vH	6	15	8	17	15	20	8
untere	60 vH	20	26	23	32	28	33	27
untere	80 vH	42	47	43	47	49	52	44
obere	20 vH	58	53	57	53	51	48	56
nachrichtlich: Steuerpflichtige (in 1 000)		9 235	828	2 784	4 612	1 865	2 657	21 981
Steuerentlastung (Mrd.DM)		8,7	1,0	2,8	8,4	5,3	7,3	33,5

1) Durchschnittlich zwei Kinder. — 2) Je nach Steuerklasse ergeben sich unterschiedliche Einkommensgrenzen, die vom Durchschnitt erheblich abweichen.

Quelle: Berechnungen mit dem DIW-Lohnsteuermodell.

des gesamten Volumens, entlastet, d.h. rund 4 Mill. Einkommensbezieher partizipieren wegen ihres geringen Einkommens nicht an der Reform; allerdings zahlen in diesem Quintil schon nach geltendem Recht nur wenige Personen Steuern. Die Gruppe mit 40 vH der Steuerpflichtigen und Bruttoeinkommen bis zur Höhe des derzeitigen Durchschnittslohns erhält 2,7 Mrd. DM, das sind 8 vH der Gesamtentlastung. Die verbleibenden 12 Mrd. DM verteilen sich auf Bezieher größerer Einkommen bis zu 70 000 DM.

Ein Vergleich der Begünstigung nach Steuerklassen zeigt, daß die unteren Einkommensbezieher ohne Kinder kaum an der Reform „teilnehmen“, während das obere Fünftel der Steuerzahler ohne Kinder ziemlich genau die Hälfte der gesamten Entlastung in diesem Bereich, nämlich 9,4 Mrd. DM erhält. In den Steuerklassen mit Kindern tritt ein leicht nivellierender Effekt aufgrund der Anhebung des Kinderfreibetrages ein.

Trotz der hohen Entlastungen der oberen Einkommen ändert sich die Steuerlastverteilung nur wenig. Das obere Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen trägt vor und nach der Reform reichlich 55 vH des Lohnsteueraufkommens, während die unteren 40 vH der Steuerpflichtigen mit 6,8 vH (vorher 7,0 vH) zum Aufkommen beitragen. Allerdings beziehen sich die Berechnungen nur auf die Lohnsteuerpflichtigen, d.h. die Gruppe der Selbständigen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden und im Durchschnitt sehr viel höhere Einkommen erzielen, ist nicht berücksichtigt; hierbei handelt es sich um knapp 2 Mill. Steuerpflichtige, die mit rund 8 Mrd. DM entlastet werden.

Zur Finanzierung der Steuerreform

Noch ist offen, wie die Reform im einzelnen finanziert wird. Etwa 19 Mrd. DM sollen durch ein Bündel von Ausgleichsoperationen aufgebracht werden. Im Gespräch sind der Abbau von steuerlichen Vergünstigungen bzw. Subventionen, aber auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und/oder eine Anhebung der Tabak- und Mineralölsteuer wird diskutiert. Ferner will die Bundesregierung den Anstieg der Staatsausgaben drosseln. Die „Nettoentlastung“ — ebenfalls über 19 Mrd. DM — soll über eine steigende Neuverschuldung finanziert werden.

Mehrwertsteuererhöhung

In der Diskussion ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer schon deshalb, weil eine Steuerharmonisierung im Rahmen der EG angestrebt wird. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den nationalen Mehrwertsteuersystemen erheblich. Gemessen am Durchschnittssatz aller EG-Länder liegt die Bundesrepublik im unteren Mittelfeld.

Werden die Mehrwertsteuersätze erhöht, so versuchen die Unternehmen, die Mehrbelastung — wie vom Gesetzgeber beabsichtigt — auf die Endverbraucher zu überwälzen. Inwieweit dies gelingt, hängt nicht zuletzt von den Reaktionen der Verbraucher ab. Abgesehen davon, daß eine Erhöhung der Mehrwertsteuer die Existenz „grauer“ Märkte (Schattenwirtschaft) fördert, trifft sie alle Güter und Dienste weitgehend gleichmäßig, so daß für die Verbraucher keine Möglichkeit besteht, auf geringer oder gar nicht besteuerte Waren auszuweichen; letztlich können sie nur mit einer Einschränkung der realen Nachfrage oder der Spartätigkeit reagieren. Aber auch innerhalb des Unternehmenssektors sind Reaktionen nicht auszuschließen, indem die Unternehmen versuchen, die Steuererhöhung zurückzuwälzen.

Die Erfahrungen zeigen⁵, daß Preisüberwälzungen nicht immer sofort gelingen, sondern sich über einen gewissen Zeitraum verteilen können. Von zentraler Bedeutung für Überwälzungsprozesse ist das gesamtwirtschaftliche Umfeld. In der Hochkonjunktur gelingt die volle Überwälzung eher als in der Rezession; die Preiselastizitäten der Nachfrage unterscheiden sich konjunkturbedingt, ebenso der Konkurrenzdruck der Anbieter. Einfluß hat auch das Verhalten der Wirtschaftspolitik, denn die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung hängen auch davon ab, welche Geldpolitik die Bundesbank betreibt und wie die öffentlichen Haushalte die zusätzlichen Mittel verwenden. Wird die Nettokredit-

⁵ Vgl. Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur. Bearbeitet von K.-D. Bedau, D. Teichmann, R. Zwiener. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, erscheint demnächst in der Reihe „Beiträge zur Strukturforchung“ des DIW, Heft 99, Berlin 1987.

aufnahme um den Betrag der Mehreinnahmen vermindert, dann kommt es zu restriktiven Einflüssen.

Die Wirkung einer Mehrwertsteuererhöhung auf die Einkommensverteilung ist nicht eindeutig. Haushalte mit niedrigem Einkommen geben relativ viel für den Grundbedarf aus, der nur mit dem halben Steuersatz oder gar nicht (Mieten) besteuert wird. Somit steigt der Anteil der Mehrwertsteuer an den Verbrauchsausgaben von geringen hin zu mittleren Einkommen; erst danach setzt ein leicht regressiver Verlauf ein. Bezogen auf das verfügbare Einkommen fällt die regressive Wirkung in den höheren Einkommensbereichen noch stärker aus, weil dort die Sparquote höher ist.

Erhöhung spezieller Verbrauchsteuern

Von den speziellen Verbrauchsteuern ist die *Mineralölsteuer* mit Abstand am ergiebigsten. Wegen der niedrigen Rohstoffpreise und der Dollarabwertung hat der Anreiz, Energie zu sparen, abgenommen. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer würde den sparsamen Umgang mit Energie fördern. Allerdings sind die Nachfragereaktionen bei Preiserhöhungen von Mineralölprodukten zumindest kurzfristig relativ träge — erst auf längere Sicht ist mit Verhaltensänderungen zu rechnen —, so daß Steuersatzerhöhungen zunächst für den Fiskus sehr ergiebig sind.

Wie bei der Mehrwertsteuer sind es die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die speziellen Wettbewerbsverhältnisse auf den Märkten für Mineralölprodukte, die darüber entscheiden, ob die zusätzlichen Belastungen voll oder nur teilweise weitergegeben werden können. Auch spezielle verkehrspolitische Wirkungen sind denkbar. Eine Aufhebung der Vergünstigung für Dieselkraftstoff und die damit verbundene Verteuerung des Lkw-Transports könnte bewirken, daß sich der Güterverkehr etwas von der Straße auf die Schiene verlagert. Wie bei der Mehrwertsteuer spielt auch bei der Mineralölsteuer die Harmonisierung im Rahmen der EG eine Rolle. Gemessen am Harmonisierungsbedarf der EG⁶ besteht für die Bundesrepublik durchaus Spielraum, die Mineralölsteuer zu erhöhen.

Gesundheitspolitische Gründe sprechen für eine Erhöhung der *Tabaksteuer*, nach der Mineralölsteuer die bedeutendste spezifische Verbrauchsteuer. Im Gegensatz zur Mineralölsteuer haben es die Anbieter von Tabakerzeugnissen allerdings schwer, eine Steuererhöhung zu überwälzen. Auf dem Zigarettenmarkt herrscht harter Wettbewerb; zudem weichen die Konsumenten bei Preiserhöhungen auf Billigmarken aus. Vor allem aber trägt das zunehmende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung wesentlich dazu bei, daß die Nachfrage eher schrumpfen als expandieren wird. Eine Tabaksteuererhöhung dürfte für den Bundeshaushalt also nicht sonderlich ergiebig sein. Gemessen am Harmonisierungsbedarf der EG liegt die Besteuerung des Tabakverbrauchs in der

Bundesrepublik eher am oberen Rand, so daß aus dieser Sicht kaum Spielräume vorhanden wären.

Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen

Ein Dauerbrenner in der wirtschaftspolitischen Diskussion ist die Forderung nach einem Subventionsabbau. Fragwürdig sind Forderungen, pauschal alle Subventionen zu kürzen. Eine solche Politik verspräche nicht automatisch einen effizienteren Einsatz der Finanzmittel. Notwendig ist vielmehr eine detaillierte Analyse der Subventionsziele und -wirkungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit der Gewährung von Subventionen nicht nur „rein“ ökonomische, sondern auch „außerökonomische“ Ziele verfolgt werden, die letztlich Ausdruck der jeweiligen Interessen und Machtverhältnisse sind. Sollen z.B. Umweltschutzmaßnahmen im privaten Sektor forciert werden, müssen — wenn das Verursacherprinzip nicht durchgesetzt werden kann — die Kosten ganz oder teilweise vom Staat übernommen werden. Unabhängig von der Begründung der Subvention muß der Erfolg jeder einzelnen Subventionsmaßnahme kontrolliert werden.

Schon lange werden ganze Blöcke von Subventionen faktisch auf Dauer gewährt und sind — z.B. in der Landwirtschaft oder im Verkehr — nur schwer abzubauen; dabei handelt es sich in erster Linie um Erhaltungssubventionen. Vielfach haben die subventionierten Sektoren oder Unternehmen trotz der Begünstigungen Anpassungsprobleme, teilweise verschärfen sie sich noch. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Werft- und Stahlindustrie. Letztlich ist der Spielraum zur Kürzung dieser Subventionen gering.

Mehr Spielraum scheint — weil politisch leichter durchzusetzen — bei den haushaltsbezogenen Steuervergünstigungen zu bestehen; hierbei handelt es sich um den Arbeitnehmerfreibetrag, den Weihnachtsfreibetrag sowie die Arbeitnehmersparzulage (Gesamtvolumen 10 Mrd. DM). Das hieße aber, daß für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen die steuerreformbedingten Entlastungen ganz oder teilweise aufgezehrt würden. In Verbindung mit einer Mehrwertsteuererhöhung wäre per Saldo mancher Bürger schlechter gestellt als vor der Reform.

Erhöhung der Nettokreditaufnahme

Die Frage, ob Steuersenkungen über eine Erhöhung der staatlichen Nettokreditaufnahme finanziert werden

⁶ Vgl. R. Parsche, B. Seidel, D. Teichmann: Vorteile und Probleme einer Harmonisierung der Mehrwertsteuer in den Mitgliedstaaten und Möglichkeiten unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze im integrierten Wirtschaftsraum der Gemeinschaft. Auswirkungen einer Harmonisierung der Verbrauchsteuern für die Bundesrepublik Deutschland und ausgewählte EG-Länder. Gutachten des DIW/Ifo im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin/München 1987 (unveröffentlichtes Manuskript).

sollen, kann nicht ohne Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen diskutiert werden. Nach wie vor fehlt es in der Bundesrepublik an Wachstumsdynamik; eine Änderung ist nicht in Sicht. Entschließt man sich, die geplante Nettoentlastung in vollem Umfang zur Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einzusetzen, so ist eine Finanzierung über den Kreditmarkt nur konsequent. Befürchtungen, daß es dann zu einer Verdrängung privater Investoren aufgrund starker Zinssteigerungen auf den Geld- und Kapitalmärkten käme, sind — jedenfalls aus heutiger Sicht — kaum zu begründen. Einmal ist das Kapitalangebot nicht national begrenzt, vielmehr sind die Kapitalmärkte international. Zum anderen sind nach wie vor Produktionsfaktoren unterausgelastet. Steuersenkungen, die über zusätzliche Kredite finanziert werden, regen die Produktionstätigkeit an, erhöhen die Einkommen und damit auch die Ersparnisse. Für die Unternehmen ist eine Produktionsausweitung in der Regel mit höheren Gewinnen und besseren Selbstfinanzierungsmöglichkeiten verbunden. Der induzierte gesamtwirtschaftliche Nachfrageanstieg kann in einer Phase der Nachfrage- und Wachstumsschwäche ohne nennenswerte inflatorische Effekte von den Produzenten bedient werden. Ein höheres Produktions- und Einkommensniveau trägt auch dazu bei, daß die Lücken im Staatsetat wieder gefüllt werden. Vieles hängt freilich von der Geldpolitik ab: Je restriktiver sie ist, um so eher sind zinssteigernde Wirkungen zusätzlicher Staatsdefizite bzw. Effekte wahrscheinlich, womit das durch die Steuersenkung geschaffene Nachfragepotential verringert wird.

Verringerung des Anstiegs der Staatsausgaben

Erklärtes Ziel der Finanzpolitik ist es, den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt zurückzuführen. Dahinter steht die Überzeugung, die Kürzung staatlicher „Ansprüche“ an das Sozialprodukt schaffe Platz für vermehrte private, und — wie geglaubt wird — auch produktivere Aktivitäten. Zu fragen ist, ob die Produktivitäts- und Wohlfahrtseffekte der privaten Güter nicht systematisch überschätzt werden. Solche Überlegungen setzen nämlich isoliert beim „Output“ der privaten Wirtschaft an; vernachlässigt wird der produktivitätswirksame „Input“ im staatlichen Sektor (leistungsfähige Verwaltung, ausreichendes Verkehrsnetz, qualifizierte Ausbildung) ebenso wie die Folgeschäden des privaten Outputs (Umweltschäden). Die Beseitigung von Umweltschäden ist nicht zwangsläufig ein öffentliches Gut. Unübersehbar sind aber die politischen Schwierigkeiten, wenn es z.B. darum geht, Mittel für aufwendige Umweltreparaturen aufzubringen oder gar die Reparaturkosten allein auf die Verursacher zu übertragen.

Selbstverständlich muß im staatlichen Sektor immer wieder entschieden werden, ob und in welchem Umfang zusätzliche Aufgaben durch Umschichtungen im Etat und eine effizientere Mittelverwendung in Angriff genommen

werden können. Ob tatsächlich immer alle Möglichkeiten genutzt werden, kann hier nicht geprüft werden. Zu befürchten ist aber, daß der Ansatz, über Steuerentlastungen die Staatsausgaben zu beschneiden, darin münden wird, daß drängende Aufgaben nicht oder nur unzureichend erfüllt werden. Abgesehen von den damit verbundenen unmittelbaren und mittelbaren Einkommens- und Beschäftigungsverlusten läuft dies auf längere Sicht auf die bewußte Inkaufnahme von Wachstumsengpässen hinaus: In vielen Bereichen der staatlichen Infrastruktur ist ja bereits in den letzten Jahren der Rotstift angesetzt worden und ein erheblicher Nachholbedarf entstanden.

Steuerreform und innerstaatliches Finanzgefüge

Die geplante Steuerreform und ihre Finanzierung haben erhebliche Auswirkungen auf die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Dabei geht es nicht nur um die Verteilung der Steuereinnahmen, sondern auch um die Finanzzuweisungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Bei der Aufteilung des Steueraufkommens auf die einzelnen Haushaltsebenen ist zu unterscheiden zwischen den Gemeinschaftsteuern, die Bund, Länder und Gemeinden nach einem ausgehandelten Verteilungsschlüssel zufließen, und den Steuern, die ausschließlich einer Ebene zustehen. Gemeinschaftsteuern sind die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuern; außerdem erhalten Bund und Länder einen Anteil an der Gewerbesteuer. Die speziellen Verbrauchsteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Branntweinabgabe u.a.) mit Ausnahme der Biersteuer stehen dem Bund zu. Bedeutendste Ländersteuern sind die Vermögens- und die Kraftfahrzeugsteuer, wichtigste Gemeindesteuern die Gewerbe- und Grundsteuern.

Entsprechend dem Verteilungsschlüssel 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden führt die Senkung des Einkommensteuertarifs — nach Abzug der in das Jahr 1988 vorgezogenen Entlastung in Höhe von 5,2 Mrd. DM — bei Bund und Ländern zu Mindereinnahmen von jeweils 14 Mrd. DM und bei den Gemeinden von 5 Mrd. DM. Die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes schmälert die Einnahmen von Bund und Ländern um jeweils 1,1 Mrd. DM, die anderen Maßnahmen dürften sich beim Bund und den Ländern mit einem Minus von jeweils 1,6 Mrd. DM und bei den Gemeinden mit 500 Mill. DM niederschlagen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Mehreinnahmen (Steuern, Sozialbeiträge), die sich durch ein höheres — induziertes — Wirtschaftswachstum ergeben. Insgesamt müssen die einzelnen Haushaltsebenen im Zusammenhang mit der Steuerreform 1990 mit folgenden Mindereinnahmen rechnen:

Bund	17 Mrd. DM
Länder	17 Mrd. DM
Gemeinden	5,5 Mrd. DM

Die effektive Belastung, die sich für die einzelnen Haushaltsebenen ergeben wird, hängt von den Kompensationsmaßnahmen ab. Von einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes profitierte am stärksten der Bund. Unter der Annahme, daß eine Erhöhung des Satzes auf 15 vH im Jahre 1990 rund 10 Mrd. DM an Mehreinnahmen bringen wird, errechnet sich für den Bund überschlägig ein Plus von 6,5 Mrd. DM und für die Länder, deren Anteil an den reformbedingten Steuerausfällen dem des Bundes entspricht, ein Plus von 3,5 Mrd. DM; die Gemeinden würden leer ausgehen. Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der Mineralöl- und/oder Tabaksteuer (oder anderer spezieller Verbrauchsteuern) kämen ausschließlich dem Bundeshaushalt zugute. Die Möglichkeiten der Länder, die Sätze für die ihnen zufließenden „Ländersteuern“ eigenständig zu erhöhen, sind äußerst begrenzt; gleiches gilt letztlich auch für die Gemeinden. Im Falle eines Abbaus von Steuervergünstigungen, die das Einkommensteuerrecht berühren, würden sich die daraus resultierenden Mehreinnahmen entsprechend dem Verteilungsschlüssel auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen. Ob hier ein größeres Volumen mobilisiert werden kann, ist fraglich.

Die Möglichkeiten, Steuerausfälle über Kredite zu finanzieren, sind für Bund und Länder im Prinzip gleich. Die Kreditobergrenze (i.S. von Nettokreditaufnahme) ist durch die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen vorgegeben; darüber hinausgehende Kredite können nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufgenommen werden. Die Verschuldungsmöglichkeiten der Gemeinden sind stark eingeschränkt. Eine eigenständige, an gesamtwirtschaftlichen Überlegungen anknüpfende Verschuldungspolitik ist ihnen nicht möglich. Ihr Verschuldungsspielraum hängt von der jeweiligen „Finanzkraft“ ab: Anhaltspunkt ist die „freie Spitze“, d.h. die (vom Konjunkturverlauf) geprägte Differenz zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben; grundsätzlich darf die Nettokreditaufnahme nicht höher sein als die freie Spitze. Jeder Verlust an Einnahmen verringert somit den Kreditspielraum.

Nur zum Teil können die Gemeinden Steuerausfälle durch die Anhebung von Benutzungsgebühren für kommunale Einrichtungen kompensieren. Ein stetigeres Ausgabeverhalten der Gemeinden wird auch dadurch erschwert, daß die Länder ihre Zuweisungen und Zuschüsse an die Gemeinden meistens ihrer eigenen Finanzsituation anpassen, d.h. prozyklisch ausrichten. Ähnlich verhält sich der Bund, indem er die Höhe der Zuweisungen und Zuschüsse an die Länder seinen fiskalpolitischen Zielen unterordnet: Im Zuge der expansiven Politik Ende der siebziger Jahre waren die Zuweisungen und Zuschüsse anteilmäßig gestiegen und wurden anschließend — in der Konsolidierungsphase — wieder zurückgeführt.

Modellrechnungen zu gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Steuerreform

Die ökonometrische Analyse der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Steuerreform wird mit der DIW-Version des Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute⁷ vorgenommen. Um die Auswirkungen auf die sozialen Gruppen analysieren zu können, wurde das Konjunkturmodell um ein Einkommensverteilungsmodell erweitert⁸.

Vom Bruttovolumen der Steuerreform (44 Mrd. DM) soll als „Netto-Impuls“ — unter Einschluß der auf das Jahr 1988 vorgezogenen 5 Mrd. DM — ein Betrag von 25 Mrd. DM wirksam werden. Bei der Unklarheit über die Kompensation der verbleibenden 19 Mrd. DM ist es unmöglich, eine „wahrscheinliche“ Variante zu bestimmen. Daher werden im ersten Schritt zwei mögliche Varianten — gleichsam die Bündelung von Maßnahmen auf der

Tabelle 2

Vorgaben zu den Simulationen der geplanten Steuerreform und ihrer Finanzierung*

Abweichungen zwischen Basissimulation und Alternativsimulation in Mrd. DM pro Jahr

	Steuerreform		Stetiges Ausgabeverhalten III
	I	II	
Lohnsteuer	- 28,6	- 28,6	- 4,4
Einkommen - / Körperschaftsteuer	- 8,8	- 8,8	- 0,2
Arbeitnehmer-/ Weihnachtsfreibetrag	-	- 3,0	-
Subventionen	-	- 2,0	-
Mineralölsteuer	-	+ 3,0	-
Mehrwertsteuer, vH-Punkte	+ 1	-	-
Staatsverbrauch	- 4,0	- 4,0	+ 9,5
Öffentliche Investitionen	- 4,0	- 4,0	+ 7,0

* Die Simulationen werden für die Periode 1983/1986 durchgeführt. Dazu sind die einnahme- und ausgabepolitischen Impulse entsprechend reduziert (deflationiert) worden. Die auf das Jahr 1988 vorgezogenen Bestandteile der Steuerreform 1990 sind in den Impulsen mitenthalten.

⁷ Vgl. Arbeitsgruppe „Ökonometrisches Modell“ bei der Gemeinschaftsdiagnose der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Das ökonometrische Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute (Version 1984.4). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3-4/1985, S. 281-291.

⁸ Vgl. Zwiener, R.: Die disaggregierte Behandlung der Einkommensverteilung als Submodell der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3-4/1985, S. 271-280.

Einnahmen- und Ausgabenseite — herausgegriffen und in ihren gesamtwirtschaftlichen Wirkungen analysiert. Diesen Ergebnissen wird als dritte Variante eine Politik ohne Steuerreform mit entsprechend größerem Spielraum für den Anstieg der Staatsausgaben gegenübergestellt.

In der ersten Modellvariante wurden die Ansätze für den Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen um jeweils 4 Mrd. DM pro Jahr niedriger als in der Basisvariante⁹ angesetzt; zugleich wurde der Mehrwertsteuersatz um einen Prozentpunkt erhöht. Alternativ zur Erhöhung der Mehrwertsteuer werden in der zweiten Variante die Wirkungen einer Subventionskürzung um 2,0 Mrd. DM, einer Mineralölsteuererhöhung um 3 Mrd. DM und einer Kürzung von Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag um 3 Mrd. DM berechnet. In der dritten Variante, die von der Steuerreform nur noch den auf 1988 vorgezogenen Teil von 5,2 Mrd. DM (deflationiert 4,6 Mrd. DM) enthält, werden die öffentlichen Ausgaben auf ein höheres Niveau als unter Status-quo-Bedingungen angehoben: um jährlich 9,5 Mrd. DM beim Staatsverbrauch und um 7 Mrd. DM bei den öffentlichen Investitionen (vgl. Tabelle 2). Dies bedeutet nicht die Auflage eines großen Konjunkturprogramms, sondern ein stärker am Potentialwachstum orientiertes Ausgabeverhalten der öffentlichen Hand. Die Nettoimpulse dieser Variante entsprechen vom Volumen her den beiden Varianten der Steuerreform.

In Tabelle 3 sind die Simulationsergebnisse für die verschiedenen Varianten ausgewiesen, und zwar als prozentuale Abweichungen zwischen Basissimulation und Alternativsimulation. Zwangsläufig verbleibt ein Unsicherheitspielraum bei der Wertung der Ergebnisse, weil die Reaktionen anhand der heutigen Wirtschaftsstruktur und aus der Vergangenheit abgeleiteter Verhaltensweisen geschätzt werden müssen. Im Unterschied zu den Modellsimulationen in der Studie für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen wird unterstellt, daß die Geldpolitik die finanzpolitischen Impulse in allen drei Varianten nicht abschwächt. Damit fallen die gesamtwirtschaftlichen Effekte insgesamt höher aus als in der Studie. Wie sich die Geldpolitik tatsächlich verhalten wird, läßt sich nicht vorher-sagen; das Verhalten dürfte in hohem Maße von der außenwirtschaftlichen Situation und der Preisentwicklung abhängen. Die Vergangenheit lehrt allerdings, daß die Bundesbank auf eine Verstärkung des inländischen Preisauftriebs eher mit einer restriktiveren Politik reagiert.

In der *ersten Variante*, die neben Ausgabenkürzungen die Anhebung der Mehrwertsteuer enthält, ist das reale Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte höher als in der Basissimulation, die Beschäftigtenzahl um 0,7 Prozentpunkte. Im letzten Jahr der Simulationsperiode erreicht die Zunahme der Beschäftigtenzahl 230 000 Personen. Ausgelöst wird das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum über eine stärkere Verbrauchsnachfrage. Gründe dafür, daß das reale Bruttosozialprodukt nicht stärker steigt, sind u.a. das restriktive

Ausgabeverhalten des Staates und die Mehrwertsteuererhöhung. Der Preisindex des privaten Verbrauchs liegt um einen Prozentpunkt über dem Niveau der Basissimulation, vor allem Folge der Mehrwertsteuererhöhung. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöhen sich, nachdem die Überwälzung der Mehrwertsteuer gelungen ist. Die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer steigen zwar auch um bis zu einen Prozentpunkt, doch ist dieser Effekt fast ausschließlich auf den Anstieg der Beschäftigtenzahl zurückzuführen. Aufgrund der Steuerentlastung erhöht sich das nominale Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um etwa 6 vH-Punkte; der Anstieg ist höher als bei den Unternehmern (knapp 4 vH-Punkte). „Verlierer“ in dieser Variante sind die Bezieher von Transfereinkommen, also die Rentner, Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, deren Einkommen nicht entsprechend angehoben werden, die aber von den Preiseffekten, die von der Mehrwertsteuererhöhung ausgehen, getroffen werden.

Dämpfend auf das Wachstum wirken die höheren Importe. Insbesondere der starke Anstieg des privaten Konsums ist dafür ausschlaggebend. Diese Reaktion ist normal und unter weltwirtschaftlichen Aspekten erwünscht. Ein möglicher simultaner Exportanstieg, der sich daraus ergeben könnte, daß sich aufgrund der verstärkten Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland auch die wirtschaftliche Situation in unseren Abnehmerländern verbessert, wird durch das Modell nicht abgebildet. Insoweit werden die positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte, die von der Steuerreform ausgelöst werden, unterzeichnet. Gleichzeitig findet aber eine Überschätzung dadurch statt, daß für alle Arbeitnehmer und Transfereinkommensbezieher nur mit einer durchschnittlichen Konsumquote gerechnet wird, von der Steuerreform aber hauptsächlich die Besserverdienenden profitieren, die eine niedrigere Konsumquote haben.

Die öffentlichen Defizite steigen mittelfristig um 10 Mrd. DM, und das bei einem finanzpolitischen Impuls von gut 21 Mrd. DM; die „Selbstfinanzierungsquote“ liegt also bei etwa 50 vH. Hauptnutznießer dieses Effekts sind die Sozialversicherungen; die Beitragseinnahmen steigen, während die Zahlungen von Arbeitslosengeld sinken.

In der *zweiten Variante* werden anstelle der Mehrwertsteuererhöhung Steuervergünstigungen und Subventionen gekürzt sowie die Mineralölsteuer erhöht. In ihren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen ist sie — folgt man den Modellergebnissen — deutlich positiver zu beurteilen als die erste Variante. Das reale Bruttosozialprodukt liegt um 1,3 Prozentpunkte über dem Status-quo-Niveau. Die

⁹ In der Basisvariante wird die wirtschaftliche Entwicklung ohne Steuerreform simuliert. Die Modellsimulationen wurden wegen des Fehlens aktueller Daten im Einkommensverteilungsbereich für den Zeitraum von 1983 bis 1986 durchgeführt. Daher mußten die für das Jahr 1990 geplanten finanzpolitischen Impulse entsprechend deflationiert werden: 19 Mrd. DM im Jahr 1990 entsprechen 16 Mrd. DM im Jahr 1983.

Tabelle 3

**Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der geplanten
Steuerreform bzw. eines stetigen öffentlichen
Ausgabeverhaltens***

Durchschnittliche Abweichungen zwischen Basissimulation und
Alternativsimulation innerhalb von vier Jahren in vH

	Steuerreform		Stetiges Ausgabe- verhalten III ³⁾
	I ¹⁾	II ²⁾	
Erwerbstätige	0,7	0,8	1,2
Bruttoinlandsprodukt, real	1,1	1,3	1,8
Privater Verbrauch, real	3,8	4,1	2,2
Staatsverbrauch, real	-1,1	-1,0	2,7
Anlageinvestitionen, real	0,6	0,8	2,9
Ausrüstungsinv., real	2,8	2,8	2,1
Bauinvestitionen, real	-1,3	-1,0	3,5
Exporte, real	-0,2	-0,2	-0,4
Importe, real	3,0	3,2	1,8
Bruttosozialprodukt, nominal	1,8	1,5	2,1
Preisindex d. privaten Verbrauchs	0,9	0,2	0,1
Preisindex d. Bruttosozialprodukts	0,8	0,2	0,3
Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer	1,1	1,2	1,9
Bruttoeinkommen der Unternehmer	0,7	-0,3	2,6
Volkseinkommen	1,2	0,8	2,1
Nettoeinkommen der Unternehmer	3,9	2,6	2,9
Nettolöhne und -gehälter	6,2	5,9	2,7
Lohnstückkosten	0,0	-0,0	0,1
nachrichtlich:			
Geldmarktzins (in %-Punkten)	0,2	0,0	0,0
Kapitalmarktzins (in %-Punkten)	0,3	0,2	0,2
Öffentl. Finanzierungssaldo (Mrd. DM) ⁴⁾	-9,8	-9,4	-6,8
Beschäftigte (in Tausend im 4. Jahr der Simulation)	230	290	440

* Die Simulationsrechnungen wurden für die Jahre 1983 bis 1986 durchgeführt. Die finanzpolitischen Impulse wurden entsprechend deflationiert. Für die Geldpolitik wurde akkommodierendes Verhalten unterstellt. — ¹⁾ In dieser Variante werden zur Finanzierung eines Teils der Steuerreform von 44,6 Mrd. DM (deflationiert 37,4 Mrd. DM) die Mehrwertsteuer um 1 vH-Punkt erhöht und öffentlicher Verbrauch und Investitionen um jeweils 4 Mrd. DM pro Jahr reduziert. — ²⁾ Im Unterschied zur Variante I werden anstelle der Mehrwertsteuer die Mineralölsteuer um 3 Mrd. DM erhöht, die Subventionen um 2 Mrd. DM und der Arbeitnehmer-/Weihnachtsfreibetrag um 3 Mrd. DM gekürzt. — ³⁾ Die Steuerreform wird nur noch mit ihrer für 1988 geplanten Stufe von 5,2 Mrd. DM verwirklicht. Zusätzlich werden der öffentliche Verbrauch und die öffentlichen Investitionen auf einen um 9,5 bzw. 7 Mrd. DM erhöhten Ausgabenpfad geführt. Damit entsteht etwa der gleiche Nettoimpuls von gut 21 Mrd. DM wie in den Varianten I und II bei Durchführung der Steuerreform (1990: 25 Mrd. DM). — ⁴⁾ Defizitzunahme.

Preiseffekte sind gering; sie gehen hauptsächlich auf die Mineralölsteuererhöhung zurück. Die Beschäftigungszunahme beträgt fast 300 000 Personen. Aufgrund dieser Beschäftigungsgewinne nehmen die Nettolöhne und -gehälter ähnlich stark zu wie in der ersten Variante, ob-

wohl die Steuerentlastung der Arbeitnehmer aufgrund der Kürzung von Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag um 3 Mrd. DM niedriger ausfällt. In realer Betrachtung sind die einzelnen Arbeitnehmerhaushalte sogar besser gestellt, weil die induzierten Preiseffekte geringer sind und damit das reale verfügbare Einkommen stärker steigt. Auch werden Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht nennenswert von Preiserhöhungen getroffen. Die Selbstfinanzierungsquote beträgt in dieser Variante ebenfalls 50 vH.

In der *dritten Variante* werden mit dem Modell die stärksten Wachstumseffekte errechnet. Dies nicht allein wegen der — im Vergleich zu den beiden anderen Varianten — höheren Staatsausgabenquote, vielmehr werden auch der private Verbrauch und die privaten Investitionen angeregt. Betrachtet man die Struktur der Zunahme des realen Bruttosozialprodukts, dann entfallen 40 vH auf den Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen, 60 vH auf den privaten Bereich. Reales Bruttosozialprodukt und Beschäftigung werden um gut eineinhalb bzw. einen Prozentpunkt angehoben; der Beschäftigungsanstieg in absoluten Zahlen beläuft sich auf über 400 000 Personen. Der induzierte Preisauftrieb, der durch das stärkere Wirtschaftswachstum ausgelöst wird, ist bis auf den Bereich Bauwirtschaft gering.

Verglichen mit den beiden Varianten der Steuerreform fallen die realen Nettoeinkommenssteigerungen der einzelnen Arbeitnehmerhaushalte nur bescheiden aus. Sie machen etwa 1,5 vH-Punkte aus und sind durch die geringere Steuerentlastung und eine leichte Verstärkung der Lohndrift bedingt. Vergleichsweise besser schneiden in dieser Variante die Unternehmer ab, deren Einkommen als Folge der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung brutto wie netto um gut zweieinhalb vH-Punkte steigen. Der Anstieg der öffentlichen Nettokreditaufnahme bleibt hinter dem der anderen Varianten zurück, der Selbstfinanzierungsgrad beträgt zwei Drittel.

Fazit

Die kräftige Erhöhung der Staatsdefizite in den Jahren 1987/88 schafft für die Finanzierung der Steuerreform 1990 zusätzliche Probleme. Um so mehr darf man auf die Vorschläge der Bundesregierung gespannt sein, die in Kürze vorgelegt werden.

Die Einführung des linear-progressiven Tarifs hat — wie frühere Tarifsenkungen auch — zur Folge, daß die absolute Entlastung der Steuerzahler mit der Höhe des Einkommens wächst. Gemessen am Anteil, den die einzelnen Einkommensgruppen zum Lohnsteueraufkommen beitragen, ändert sich durch die Reform nur wenig. Auf das obere Fünftel der Einkommensbezieher entfällt weit über die Hälfte des Entlastungsvolumens, während die unteren Einkommen nur geringfügig begünstigt werden; allerdings zahlen in der unteren Gruppe nur wenige

Steuern. Dieser Personenkreis würde aber, ebenso wie die Arbeitslosen, Rentner und Sozialhilfeempfänger, stark von der Erhöhung indirekter Steuern und der Kürzung von Staatsausgaben getroffen.

Von der Steuerreform werden — für sich genommen — positive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen. Die Intensität der Wirkungen auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung hängt dabei nicht nur vom Umfang, sondern auch von der Art der möglichen Kompensationsmaßnahmen ab. Wird die Steuerreform durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Ausgabenkürzungen finanziert, so ergeben sich — folgt man den Ergebnissen der ökonometrischen Simulationsrechnungen — weniger starke Effekte, als wenn unternehmens- und haushaltsbezogene Vergünstigungen gekürzt sowie die Mineralölsteuer erhöht werden. Die stärksten gesamtwirtschaftlichen Anregungen träten ein, wenn anstelle von Steuersenkungen vermehrt Mittel zur Verbesserung des staatlichen Infrastrukturangebots bereitgestellt würden. In dieser Modellvariante steigen die Staatsausgaben — legt man die gesamtwirtschaftliche Zielprojektion der Bundesregierung zugrunde — langsamer als das nominale Sozialprodukt.

Die Steuerreform hat erhebliche Auswirkungen auf das innerstaatliche Finanzgefüge. Konflikte um die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Haushaltsebenen sind programmiert, wie die politischen Diskussionen in den letzten Wochen signalisieren. Zu befürchten ist, daß insbesondere die Länder und Gemeinden aufgrund der Einnahmenausfälle ihre Ausgaben über das hier skizzierte

Maß hinaus kürzen werden. Besonders in die Klemme kommen die ohnehin finanzschwachen Kommunen, meist Großstädte in den wirtschaftlichen Problemregionen, denen schon heute die Mittel für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur fehlen.

Aus heutiger Sicht ist für 1989 mit einem Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden in der Größenordnung von 70 Mrd. DM (in Abgrenzung der Finanzstatistik) zu rechnen. Im Zuge der Steuerreform würde es sich erheblich vergrößern. Ob diese Entwicklung von den wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsträgern hingenommen wird, ist fraglich. Daher ist nicht unwahrscheinlich, daß auch das „Nettovolumen“ der Reform zur Disposition steht und die Ausgaben noch stärker, als hier angenommen, gekürzt werden. Dann aber würden Ziel und Sinn der Reform, nämlich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu fördern, konterkariert werden.

Die Notwendigkeit einer Steuerreform wird wohl von keinem in Frage gestellt. Die Steuerreform sollte sich aber nicht auf bloße Tarifikorrekturen und unsystematische Kompensationsmaßnahmen beschränken. Vielmehr sollte es sich um eine grundsätzliche Neuordnung des Steuersystems handeln, durch die über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen — flankiert von Regelungen zur Vereinfachung des Steuerrechts — ebenfalls eine Verringerung der Einkommensteuersätze erreicht werden könnte. Eine solche Reform ließe sich weitgehend aufkommensneutral finanzieren und hätte nicht zur Konsequenz, daß Mittel zur Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben fehlten.

Bauwirtschaft: Nachfrage-, Produktions- und Beschäftigungsrückgang

Nach der geringen Zunahme des realen Bauvolumens im vergangenen Jahr muß für dieses Jahr in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Abnahme (–2,5 vH) gerechnet werden. Die erwartete Erholung hat sich insbesondere im Wohnungsbau nicht eingestellt. Aber auch für den Wirtschafts- und den öffentlichen Bau sind Indikatoren einer Abschwächung oder sogar eines Rückgangs vorhanden.

Für das kommende Jahr ist ein weiterer Rückgang der Bautätigkeit (–1 vH) programmiert. Dies würde für die Zahl der Beschäftigten eine Abnahme in der Größenordnung von 100 000 bedeuten.

Aktuelle Entwicklung von Produktion und Beschäftigung

Der Rückgang von Produktion und Beschäftigung setzte sich bis zuletzt fort; dabei war die Entwicklung in den einzelnen Baubereichen unterschiedlich. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1987 lag das reale Bauvolumen um etwa 3 vH unter dem Niveau vom Vorjahr. Zu diesem Ergebnis trug vor allem der Produktionseinbruch im Wohnungsbau (–5,5 vH), aber auch der im öffentlichen Bau (–2 vH) bei, während der Wirtschaftsbau eine leichte Zunahme (+0,5 vH) verzeichnete. Bei den Produzentengruppen stand einer kräftigen Abnahme der Produktion im Bauhauptgewerbe (–5,5 vH) ein Zuwachs im Ausbaugewerbe (+1,5 vH) gegenüber.

Zu der deutlichen Schrumpfung des gesamten realen Bauvolumens haben — neben konjunkturellen Einflüssen — vor allem außergewöhnlich starke witterungsbedingte Produktionseinbußen zu Beginn des Jahres beigetragen. Der Abnahme der Produktion folgend, verstärkte sich bis zuletzt der Rückgang der Beschäftigtenzahl.

Wohnungsbau

Der für 1986 erwartete kräftige Produktionsrückgang im Wohnungsbau wurde infolge gegenläufiger witterungsbedingter Einflüsse im vierten Quartal 1986 und im ersten Quartal 1987 in dieses Jahr zum Teil verlagert. Der anhaltende Nachfragerückgang hat indes frühere Hoffnungen auf eine baldige Besserung der Situation zerstreut. Die Abnahme der Bautätigkeit setzte sich daher bis zuletzt fort. Das reale Wohnungsbauvolumen lag im ersten Halbjahr 1987 um 5,5 vH unter dem Niveau vom Vorjahr. Dabei hielt die unterschiedliche Entwicklung bei den Produzentengruppen an. Die negative Entwicklung wird vom rohbauabhängigen Bauhauptgewerbe (–12,5 vH) bestimmt, während das Bauvolumen im Ausbaugewerbe, von dem vor allem Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen erbracht werden, bisher weiter zunahm (+1 vH).

Der starke Rückgang im Neubau wurde — wie schon im vergangenen Jahr — vor allem durch die Entwicklung im Geschoßwohnungsbau verursacht. Hier wirkte sich der Wegfall von steuerlichen Vergünstigungen negativ auf Nachfrage und Produktion aus. Im sozialen Woh-

nungsbau wurden Kürzungen vorgenommen; im freifinanzierten Wohnungsbau ist die Mehrwertsteueroption bei den Bauherrenmodellen weggefallen. Der Neubau ist hier auch dadurch belastet, daß Vermietungsrisiken zunehmend höher eingeschätzt und damit geringere Wertsteigerungen erwartet werden. Auch im Zweifamilienhausbau verstärkt sich der negative Effekt durch den Wegfall von Steuervorteilen. Die Entwicklung in diesem Bereich verläuft gegenwärtig dramatisch. So hat sich der 50-prozentige Nachfragerückgang bereits bei der Bautätigkeit deutlich niedergeschlagen; die Fertigstellungen (m³ umgebauter Raum) gingen im zweiten Quartal sogar stärker zurück als im Geschoßwohnungsbau.

Die rückläufige Entwicklung im Neubau konnte lediglich durch eine Verbesserung der Situation im Einfamilienhausbau gemildert werden. Wieder anziehende Baukosten (Bau- und Baulandpreise) sowie tendenziell nach oben gerichtete Erwartungen über die Zinsen haben zur Auflösung des Attentismus der potentiellen Investoren im Einfamilienhausbau geführt. Auch die positive Entwicklung der Realeinkommen dürfte den Nachfrage- und Produktionsanstieg im Einfamilienhausbau stützen. Obwohl sein Anteil etwa 50 vH am Neubauvolumen beträgt, reichten diese positiven Effekte aber bisher nicht aus, um die negativen Effekte im Bereich des Zwei- und Mehrfamilienhausbaus zu kompensieren.

Auch im nächsten Jahr dürfte die Wohnungsbaukonjunktur gespalten verlaufen. Einer Zunahme des Bauvolumens im Bereich der Bestandspflege dürfte wie bisher eine weitere Abnahme im Neubau gegenüberstehen, da der Rückgang des Bauvolumens im Zwei- und Mehrfamilienhausbau größer sein dürfte als die Zunahme im Einfamilienhausbau.

Wirtschaftsbau

Seit Mitte 1985 haben die Unternehmen — bei insgesamt günstigen Absatz- und Finanzierungsbedingungen — ihre Nachfrage nach bauintensiven Erweiterungsinvestitionen ausgeweitet. Die Zunahme der Auftragseingänge im Wirtschaftsbau führte zu einer deutlichen Aufstockung der Auftragsbestände, die von 1986 an eine Expansion des Bauvolumens im Wirtschaftsbau ermöglichte. Dabei lag die Entwicklung im gewerblichen

Tabelle 1

Entwicklung des Bauvolumens¹⁾ nach Baubereichen und Produzentengruppen

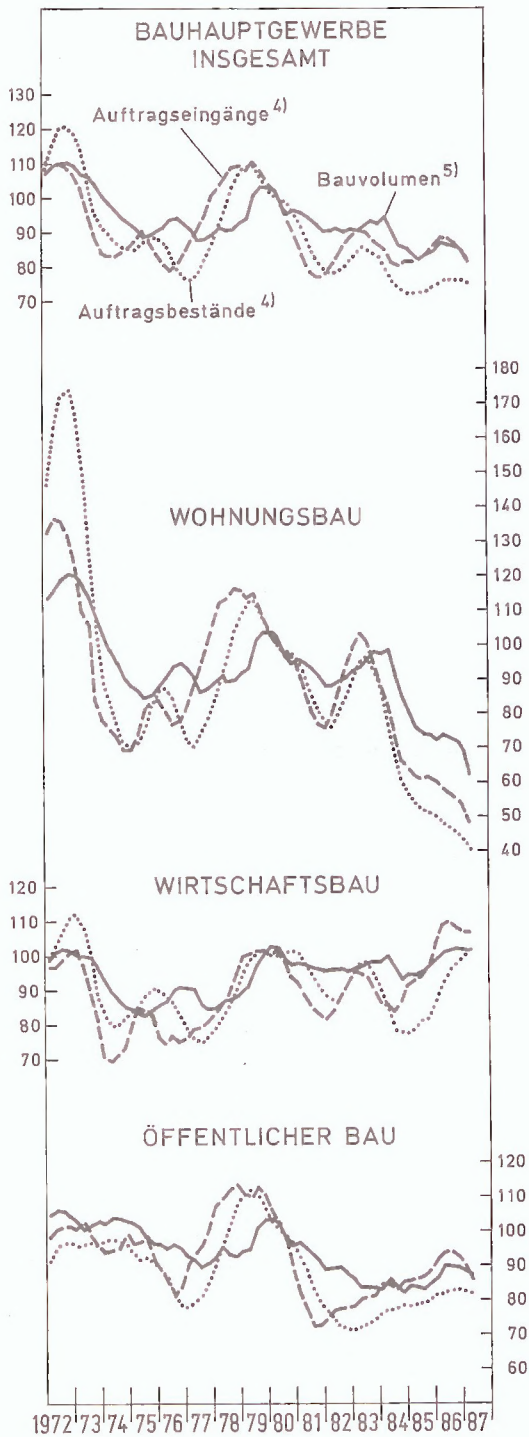
Jahr	nach Baubereichen									nach Produzentengruppen				
	Wohnungs- bau	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bau- volumen ins- gesamt	Bau- haupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Verar- beiten- des Gewerbe	Archit.- leist., Gebühren sonst. Bauleist.	
		Ins- gesamt	Hoch- bau	Tief- bau	Ins- gesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau						
Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill. DM														
1983	122970	63300	48290	15010	54940	22390	13430	19120	241210	114960	63900	18180	44170	
1984	127330	64620	49290	15330	56700	22440	13880	20380	248650	118560	66800	17810	45480	
1985	114400	63800	47910	15890	56700	22160	13420	21120	234900	106440	66690	18360	43410	
1986	113660	68280	51410	16870	61720	23790	14470	23460	243660	112230	67890	19210	44330	
1986	I	20510	12640	9710	2930	9160	4320	1520	3320	42310	16660	13540	3950	8160
	II	30060	17490	13150	4340	16710	6030	4210	6470	64260	31340	16550	4720	11650
	III	31940	19410	14550	4860	18530	6790	4680	7060	69880	33420	18670	5140	12650
	IV	31150	18740	14000	4740	17320	6650	4060	6610	67210	30810	19130	5400	11870
1987	I	19940	12900	10080	2820	8790	4500	1290	3000	41630	15480	14190	3970	7990
	II	29040	18130	13750	4380	17030	6550	4130	6350	64200	30670	17140	4870	11520
Preisentwicklung (1980 = 100)														
1983	111,9	110,3	111,5	106,7	105,1	111,7	99,9	101,9	109,9	106,2	115,6	112,2	111,2	
1984	115,0	112,5	113,9	108,4	106,9	114,5	101,4	103,2	112,4	107,9	119,3	114,8	114,3	
1985	116,4	113,4	114,8	109,1	107,9	115,5	103,3	103,7	113,4	107,8	121,3	116,1	115,3	
1986	118,2	115,6	117,0	111,6	110,0	117,4	105,3	106,0	115,3	109,7	123,5	118,9	117,2	
1986	I	117,8	114,6	116,0	110,2	110,5	117,1	105,4	105,2	115,2	108,9	122,4	117,3	116,4
	II	117,5	115,1	116,4	111,3	109,3	116,9	105,1	105,7	114,6	109,4	123,1	118,3	116,8
	III	118,4	115,9	117,3	112,1	109,9	117,5	105,5	106,2	115,3	109,9	123,7	119,3	117,4
	IV	119,0	116,4	117,8	112,5	110,3	118,0	105,5	106,4	115,9	110,1	124,3	119,7	117,7
1987	I	120,4	117,2	118,5	112,8	113,2	119,9	106,7	107,1	117,8	110,8	125,2	120,5	118,7
	II	120,4	117,7	119,0	113,8	111,5	119,4	106,2	107,6	117,1	111,2	126,4	121,5	119,2
Bauvolumen zu Preisen von 1980 in Mill. DM														
1983	109881	57365	43298	14067	52250	20048	13441	18760	219496	108292	55268	16206	39730	
1984	110735	57437	43290	14147	53036	19599	13683	19755	221208	109912	55981	15510	39806	
1985	98321	56283	41719	14565	52551	19187	12993	20372	207155	98748	54964	15809	37634	
1986	96153	59062	43951	15111	56134	20266	13736	22133	211349	102349	54983	16163	37837	
1986	I	17414	11032	8374	2658	8288	3690	1443	3156	36734	15299	11059	3367	7009
	II	25577	15194	11293	3901	15285	5157	4007	6121	56056	28649	13444	3991	9973
	III	26980	16740	12403	4337	16864	5780	4438	6646	60584	30415	15088	4308	10772
	IV	26182	16096	11881	4215	15696	5638	3848	6210	57974	27986	15392	4513	10084
1987	I	16560	11009	8509	2500	7766	3754	1210	2802	35335	13977	11330	3296	6732
	II	24125	15404	11554	3849	15279	5488	3888	5904	54808	27570	13560	4009	9668
Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in vH														
1983	4,6	1,4	2,6	-2,2	-6,8	-7,3	-7,3	-5,9	0,8	0,1	0,8	0,0	3,2	
1984	0,8	0,1	-0,0	0,6	1,5	-2,2	1,8	5,3	0,8	1,5	1,3	-4,3	0,2	
1985	-11,2	-2,0	-3,6	2,9	-0,9	-2,1	-5,0	3,1	-6,4	-10,2	-1,8	1,9	-5,5	
1986	-2,2	4,9	5,4	3,8	6,8	5,6	5,7	8,6	2,0	3,6	0,0	2,2	0,5	
1986	I	-4,0	4,4	5,0	2,5	5,9	4,4	1,6	9,8	0,6	1,7	-2,3	1,9	2,2
	II	-2,7	5,4	5,5	4,9	7,2	5,1	6,6	9,5	2,0	3,5	0,3	2,6	-0,2
	III	-2,5	4,1	4,6	2,9	5,5	5,2	3,1	7,5	1,4	2,1	0,6	2,7	0,1
	IV	-0,1	5,8	6,3	4,4	8,3	7,3	9,7	8,5	3,7	6,7	0,9	2,1	0,6
1987	I	-4,9	-0,2	1,6	-6,0	-6,3	1,7	-16,2	-11,2	-3,8	-8,6	2,5	-2,1	-4,0
	II	-5,7	1,4	2,3	-1,3	-0,0	6,4	-3,0	-3,6	-2,2	-3,8	0,9	0,5	-3,1

1) Berechnungen des DIW.

¹⁾ Berechnungen des DIW.

NACHFRAGE¹⁾ UND PRODUKTION²⁾ IN DEN BAUBEREICHEN³⁾

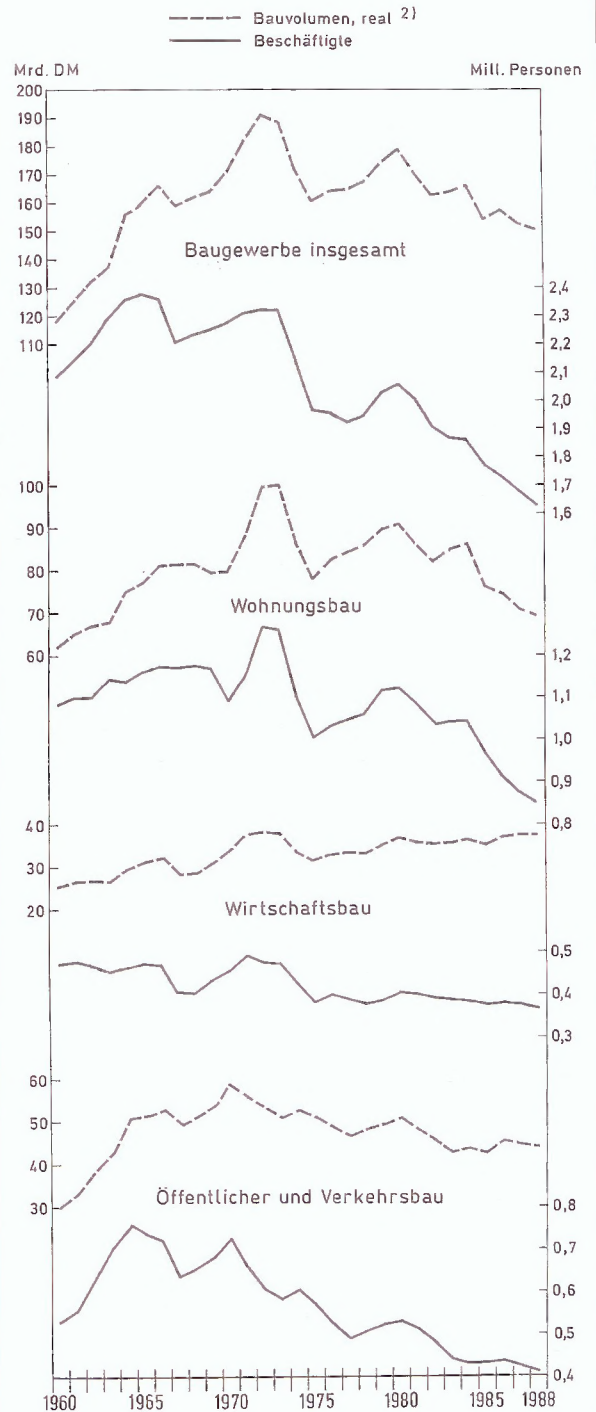
Index 1980 = 100



1) Auftragseingänge und Auftragsbestände. — 2) Reales Bauvolumen. — 3) Des Bauhauptgewerbes. — 4) Preisbereinigt mit den Preisindizes der Bauvolumensrechnung des DIW. — 5) Real, zu Preisen von 1980.

DIW 87

PRODUKTION UND BESCHÄFTIGUNG IM BAUWERBE¹⁾



1) Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. — 2) Zu Preisen von 1980.

DIW 87

1988 ist eine weitere Zunahme der gewerblichen Bautätigkeit keinesfalls sicher. Zwar ist die Gewinnsituation der Unternehmen sehr gut, jedoch bestehen Unsicherheiten bei den Absatzerwartungen. Diese Unsicherheiten scheinen sich bereits bei der aktuellen Baunachfrage negativ niedergeschlagen zu haben.

Wenn auch weiterhin der Bestandspflege, d.h. notwendigen Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen, verstärktes Gewicht zukommt, so kann aufgrund zu erwartender geringerer bauintensiver Erweiterungsinvestitionen für das kommende Jahr insgesamt kaum mit einer Steigerung des gesamten realen Wirtschaftsbauvolumens gerechnet werden.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Entgegen den Planungen der Gebietskörperschaften und allen öffentlichen Bekundungen und Absichtserklärungen schrumpfte die Bautätigkeit im öffentlichen und Verkehrsbau. Im ersten Halbjahr 1987 lag sie um etwa 2 vH unter dem Niveau vom Vorjahr. Der überwiegende Teil dieses Rückgangs entfiel zwar auf das erste Quartal (–6,5 vH), und dabei auf die von Witterungseinflüssen besonders betroffenen Tiefbaubereiche Straßenbau (–16 vH) und sonstiger öffentlicher Tiefbau (–11 vH). Aber auch im zweiten Quartal trat keine deutliche Besserung

ein. Erfahrungsgemäß können witterungsbedingte Produktionseinbußen im zweiten Quartal weitgehend wettgemacht werden, sofern ausreichend Nachfrage vorhanden ist. Diese aber fehlt in den beiden Tiefbaubereichen, denn die Auftragseingänge gehen hier seit Jahresbeginn deutlich zurück.

Auch im öffentlichen Hochbau, in dem im zweiten Quartal offenbar zuvor ausgefallene Produktion nachgeholt werden konnte, zeichnet sich eine Wende ab; auch hier nimmt die Nachfrage ab.

Betrachtet man die gesamte Entwicklung von Nachfrage und Produktion im öffentlichen Bau, so wird deutlich, daß sich bereits jetzt die im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vorgesehen Kürzungen für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr sowie die Rückführung der Städtebauförderung und die verringerten Bauausgaben der Bundeswehr auswirken. Außerdem sind die Gemeinden als Hauptinvestor im öffentlichen Bau erneut gezwungen, ihre finanzielle Situation zu Lasten der Investitionen zu stabilisieren. Denn einerseits müssen sie infolge des schwachen Wirtschaftswachstums mit erheblichen Steuerminderungen rechnen, andererseits wird es von 1988 an zu Steuerausfällen kommen. Sollte sich dieses Verhalten der Gemeinden fortsetzen, so ist für 1987/88 ein Rückgang des realen öffentlichen Bauvolumens vorgezeichnet.

Tabelle 4

Kennziffern zur Entwicklung von Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe¹⁾ nach Baubereichen

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²⁾	1988 ²⁾
Bauhaupt- und Ausbaugewerbe insgesamt	Ursprungswerte⁴⁾								
Bauvolumen zu Preisen von 1980 (in Mrd. DM)	178,7	170,2	163,0	163,6	165,9	153,7	157,3	152,8	150,9
Beschäftigte (in 1000) ³⁾	2058,8	2003,8	1909,1	1870,0	1861,8	1769,2	1729,1	1680,0	1630,0
Bauhaupt- und Ausbaugewerbe insgesamt	Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH								
Bauvolumen zu Preisen von 1980	2,7	–4,8	–4,2	0,3	1,4	–7,3	2,4	–2,9	–1,2
Beschäftigte	1,6	–2,7	–4,7	–2,0	–0,4	–5,0	–2,3	–2,8	–3,0
Wohnungsbau									
Bauvolumen zu Preisen von 1980	1,7	–5,3	–4,7	3,5	1,3	–11,7	–1,9	–5,1	–2,0
Beschäftigte	0,3	–3,0	–4,4	0,2	0,7	–8,1	–5,2	–3,9	–3,2
Wirtschaftsbau									
Bauvolumen zu Preisen von 1980	5,7	–2,9	–1,7	1,4	1,6	–3,3	6,0	0,7	0,0
Beschäftigte	5,1	–1,1	–2,2	–1,3	–0,4	–2,8	1,1	–0,6	–2,1
Öffentlicher und Verkehrsbau									
Bauvolumen zu Preisen von 1980	2,6	–5,3	–5,3	–6,1	1,5	–2,1	6,9	–2,2	–1,0
Beschäftigte	1,6	–3,2	–7,4	–7,4	–3,0	0,7	1,3	–2,6	–3,3

1) Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. — 2) Schätzung. — 3) Vgl. hierzu: Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. In: DIW-Vierteljahrsheft 2-3/1983, S.135 ff. — 4) Jahresdurchschnittswerte.

Fazit

Es muß damit gerechnet werden, daß das reale Bauvolumen 1987 unter dem Ergebnis vom Vorjahr liegt (–2,5 vH). Damit werden frühere Erwartungen über eine positive Entwicklung der Bautätigkeit in diesem Jahr nicht eintreffen. Auf die Unsicherheiten der weiteren Entwicklung hat das DIW schon im Frühjahr hingewiesen¹.

Ausschlaggebend für diese vergleichsweise düstere Prognose ist vor allem die Entwicklung im Wohnungsbau, in dem sich bisher keine Umkehr der Entwicklung andeutet. Im öffentlichen Bau zeichnet sich zudem keine Aufwärtsentwicklung ab. Die bevorstehende Steuersenkung und das schwache Wirtschaftswachstum scheinen sich schon jetzt negativ auf die Nachfrage der Gemeinden auszuwirken. Auch im Wirtschaftsbau ist mit einer Abschwächung des Anstiegs zu rechnen.

Die Prognose ist auch mit einigen statistischen Unsicherheiten behaftet. So werden seit geraumer Zeit vom Statistischen Bundesamt am Ende des Jahres größere Revisionen der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden vorgenommen. Im vergangenen Jahr fiel diese Revision für den Wohnungsbau (etwa 3 vH nach oben) besonders kräftig aus. Da für diesen Baubereich außerdem kein Vorlaufindikator für Bauleistungen im Bestand, die einen hohen Anteil am Bauvolumen haben, zur Verfügung steht, bleiben Prognosen für den Wohnungsbau weiterhin mit erheblichen Unsicherheiten belastet.

Unsicherheiten bestehen auch bei der Einschätzung der Entwicklung im öffentlichen Bau, da dort das weitere Verhalten der Gemeinden schwer abzuschätzen ist und die Auftragsvergaben dort nicht den langen Vorlauf vor der Produktion haben wie im Wohnungsbau.

Kommt es zur der hier bis Ende 1988 prognostizierten Entwicklung, so wird sich der Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe fortsetzen. Für dieses Jahr zeichnet sich bereits ein Rückgang um insgesamt etwa 50 000 ab, im nächsten Jahr dürfte er mindestens ebenso groß ausfallen. Davon wird der überwiegende Teil dem Wohnungsbau (–65 000) zuzurechnen sein.

Damit werden sich Erwartungen, durch die geplante Steuerreform mehr Beschäftigung zu erreichen, zumindest für den Baubereich nicht realisieren. Diese Entwicklung wäre umso bedauerlicher, da insbesondere im öffentlichen Bau der Bedarf an zusätzlichen Bauleistungen in den Bereichen Instandsetzung und Modernisierung sowie im Umwelt-, Versorgungs- und Entsorgungsbereich groß ist. Ohne eine Kompensation der Steuerausfälle bei den Hauptinvestoren im öffentlichen Bereich würde diese negative Komponente der Steuerreform erheblich zu Buche schlagen.

¹ Vgl. Bauwirtschaft: Weiterhin gespaltene Baukonjunktur. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1987.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors —** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983 — Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen —** eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre.** Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen —** Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze. Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel.** Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980.** Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **I Industriepolitik im westlichen Ausland —** Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **II Industriepolitik im westlichen Ausland —** Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf —** Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West). Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren —** eine vergleichende Analyse —. Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie —** ein Branchenbild. Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels, Statistik und EDV: Françoise Neumann. 364 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich —** Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen. Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme —** Eine Erfolgskontrolle. Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Finanzierungsalternativen und mögliche Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Gesamtwirtschaft und öffentliche Haushalte. Bearbeitet von Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. —

Bauwirtschaft: Nachfrage, Produktions- und Beschäftigungsrückgang. Bearbeitet von Jochen A. Hübener.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.